

Zeitung für Dillkreis und Weserwald. Amtsblatt der Stadt Herborn.

Inserate: Kleine Pettizeile 20 Bfg.
 Fernruf: Nr. 20.
 Postcheckkonto: Frankfurt a. M. Nr. 17518.

75. Jahrgang.

Keine Diktatur Berlins.

Ebert für ein demokratisches einheitliches Deutschland.
Berlin, 23. November.

Der starke Widerspruch aus den Einzelstaaten gegen eine Berliner Billtürregierung, der auch die gebarnichte Rote Hefens an die Reichsregierung hervorrief, hat hiele aus einer Erklärung veranlaßt. Auf des Telegramm des heffischen Staatsministers Ulrich hat der Volksbeauftragte Ebert im Namen der Reichsregierung folgende Antwort erteilt:

erteilt: „Durch ihre Einladung der Einzelstaaten zu einer Konferenz in Berlin hat die Reichsregierung zum Ausdruck gebracht, daß sie weit entfernt ist, die Einzelstaaten auszuscheiden, vielmehr auf enge Zusammenarbeit mit ihnen an der Wiederaufrichtung des Reichs Wert legt. Sie sieht in der Nationalversammlung ebenfalls das vornehmste Mittel zur Erreichung dieses Ziels. Sie strebt nicht nach der Diktatur einer Stadt, oder eines Bundesstaats, sondern nach der solidarischen Demokratie eines einheitlichen Deutschlands.“

Mittlerweile sind die Verhandlungen zwischen der Regierung und dem Vollzugsrat des Berliner AER zu einer Vereinbarung gediehen, als deren Resultat amtlich folgendes bekanntgegeben wird:

1. Die politische Gewalt liegt in den Händen der AER der deutschen sozialistischen Republik. Ihre Aufgabe ist es, die Errungenschaften der Revolution zu behaupten und aufzubauen, sowie die Gegenrevolution niederzuhalten. 2. Bis eine Delegiertenversammlung der AER einen Volksrat der deutschen Republik gewählt hat, übt der Berliner Volksrat die Funktionen der AER der deutschen Republik im Einverständnis mit den AER von Groß-Berlin aus. 3. Die Bestellung des Rates der Volksbeauftragten durch den AER von Groß-Berlin bedeutet die Übertragung der Exekutive der Republik. 4. Die Verfassung und Abberufung der Mitglieder des entscheidenden Kabinetts der Republik und — bis zur endgültigen Regelung der staatlichen Verhältnisse — auch Wechslens, erfolgt durch den zentralen Volksrat, dem auch das Recht der Kontrolle zusteht. 5. Vor der Verfassung der Fachminister durch das Kabinett ist der Volksrat zu hören.

Diese Vereinbarung bedeutet also tatsächlich die vorläufige Vorherrschaft der AEM, wenn auch die Übertragung der Ausführungsgewalt an die Volksbeauftragten festgelegt ist. Der Berliner Vollgungsausschuss nimmt tatsächlich die Rechte einer Volksvertretung des ganzen Reiches für sich in Anspruch. Daß dieser Zustand nicht haltbar ist, hat man wohl eingesehen. Deshalb will man Mitte nächsten Monats eine Delegiertenversammlung der AEM des ganzen Reiches in Berlin zusammenberufen, die einen Zentralrat wählen soll, der dann den neuen Vollgungsausschuss ernennen soll. Damit wäre die Gefahr des Überwucherns Berliner Einflüsse im Vollgungsausschuss beseitigt. Freilich hätte auch dieser Vollgungsausschuss schwerlich die Berechtigung, sich als Volksvertretung zu fühlen. Das könnte nur die Nationalversammlung.

Für baldige Einberufung der Nationalversammlung und gegen jede Diktatur treten in veröffentlichten Beschlüssen ein die Soldatenräte in Rowno, Königsberg, Hamburg-Altona, Frankfurt a. M., der 4. Armee u. a. Sie protestieren alleamt, die Regierung, den Rat der Volksbeauftragten, zu einem Organ des Volksrates der Berliner UER zu machen und fordern einmütig die Nationalversammlung. Ähnlich wird ferner mitgeteilt, daß die Babelsberger Volksregierung auf der Konferenz mit der Reichsregierung sich entschieden für die baldige Einberufung der deutschen Nationalversammlung einsetzen wird. Waden wird auf der Konferenz durch den Ministerpräsidenten Weiskopf und den Minister des Innern Haack vertreten sein.

Stimmen aus allen Parteien.

zugleich wendet sich ein Leitartikel der Tgl. Abf., der man's nachzulesen muß, daß sie zu den wenigen rechtsstehenden Blättern zählt, die das „Umlernen“ ablehnen. Unter der Überschrift „In Schande und Demut“ richtet sie ihre Angriffe gegen unsere Pazifisten sowohl als auch gegen die Spartakusgruppe. Als Stilprobe geben wir nur die Einleitung:

gegenüber etwaigen neuen Versuchen einer Zensurverhütung verhalten sollten; fragte man ihn aber, wie er sich dazu verhalten würde, so antwortete er: „Ich würde auch solche Zensurmaßnahmen pfeifen.“ Die Presse wird sich hoffentlich diese Erklärung allgemein zur Richtschnur nehmen. Zur Zensur gehören aber nicht nur direkte Anweisungen an die Zeitungen, sondern ebenso die Unterdrückung von Nachrichten, ehe sie an die Zeitungen gelangen. Offenbar gibt es nun regierende Stellen in Deutschland, die ihnen unbequeme Nachrichten nicht passieren lassen. Die Presse wird sich mit der Regierung auch darüber auseinandersehen müssen.

In einem Briefe aus Köln beschäftigt sich der Vorwärts mit der zu befürchtenden Zersplitterung des Rheinlands vom Reich. Es machen sich, wie er berichtet, in allen Schichten des rheinischen Bürgerthums, in erster Linie jedoch in kirchlichen Kreisen, erste Schritte geltend, die zur Gründung einer Republik Rheinland geltend. Mahrung erhalte diese Neigung zur Trennung vom Reiche durch die Vorgänge in Berlin, die den Rheinländern die bolschewistische Gefahr als sehr drohend erscheinen lassen. Wandel schaffen könne vielleicht nur noch die sofortige Festlegung des Zeitpunktes der Wahl zur Nationalversammlung, die den Rheinländern bewiese, daß die Regierung den selben Willen habe, die bolschewistischen Elemente nicht den Oberhand gewinnen zu lassen.

Auf die Möglichkeit des Reichsverfalles wies, wie daselbst Blatt mittheilt, auch der bayerische Reichspräsident Linsner hin. In einer Unterredung mit einem Schweizer Vertreter großer Ententeblätter erklärte er, daß in Süddeutschland, vor allem in Bayern, die Völkerrundungsbestrebungen bedrohlich anwachsenden würden, wenn in Berlin der Bolschewismus aus der Macht gelänge.

bricht dagegen die Kölnische Volkszeitung eine Lanze, in dem sie schreibt:

Die Frage, ob im Rheinlande ernstliche Bestrebungen im Gange seien, die auf eine Beseitigung der Rheinprovinz vorzueilen, ist zu verneinen. Die Rheinprovinz erstrebt bewußt und entschlossen, ebenso wie die übrigen Länder im Reiche ihre Unabhängigkeit von der gestrigen und politischen Diktatur Berlins, wünscht aber im übrigen als Glied der deutschen Einheit zu bleiben, in der sie mehr als früher ihren Einfluß geltend zu machen gewillt ist.

Ein neuer Schritt der Regierung.

Das Rotterdammer Blatt „Nieuwe Rotterdam'sche Courant“ erhielt aus Paris Meldungen über einen neuen Schritt Deutschlands in der Richtung des baldigen Friedensschlusses und der Lebensmittelversorgung:

Die Meldung lautet: Die schweizerische Regierung übermittelte den Regierungen der Alliierten und der Vereinigten Staaten eine Mitteilung der deutschen Regierung, worin ersucht wird:

1. Um sofortige Eröffnung von Verhandlungen über den Frieden. 2. Das Zusammentreten einer deutsch-amerikanischen Konferenz im Haag, die über die Lebensmittelversorgung Deutschlands beraten soll.

Demgegenüber wird von französischer Seite betont, daß die Vereinigten Staaten die Absicht schon zu erkennen gegeben haben, im engen Zusammenhang mit den übrigen Allirten zu verhandeln.

Mit der äußerst schwierigen Ernährungslage beschäftigt sich eine Erklärung des Staatssekretärs Burn. Danach ist die Ernährungslage viel zu günstig eingeschätzt worden. Viele Zufuhren aus dem Osten bleiben jetzt aus und die Kriegsgefangenen haben die Arbeit eingestellt, wodurch Millionen Zentner Kartoffeln erfroren. Die Abschachtung der Milchvieh erschwert für die Sterblichkeit der Kinder die traurigsten Aussichten. Die harten Waffensstillstandsbedingungen haben eine ordnungsmäßige Proviantverwaltung unmöglich gemacht. Dazu kommt die Abgabe der Transportmittel. Obwohl der zentrale Verwaltungsapparat ungestört funktioniert, steht ohne rechtseitiges Einsetzen einer Hilfsaktion Amerika und der Neutralen der Zusammenbruch vor der Tür.

zunehmende Schwierigkeiten der deutschen Truppen.

Noch will unsere Verträmmung.
Die Behauptung, daß die Franzosen krampfhaft noch
nem Grund suchen, um die Feindseligkeiten wieder
zunehmen, scheint leider, wie von ausländischer Seite
klat wird, Tatsache zu werden. Schon hat die Reichs-
lung nochmals ausdrücklich Befehl gegeben, sich auf kein
esetzt mit den Franzosen einzulassen, selbst wenn diese
nischen. Die französischen Generale wollen jeden Verzug
der Ausführung der Waffenstillstandsbedingungen mit
r Kündigung des Waffenstillstandes beantworten,
obdem die deutsche Seeresleitung sich die denkbar größte
tate gibt, alle Bedingungen so gut und so schnell es
ht, zu erfüllen. Ein mächtiger Einfluß, der von den
anzösischen Sozialisten ausgeübt würde, ist nicht zu be-
erken, jedenfalls setzt er sich nicht durch.

Unsere Wehrarmee zieht sich unanfechtbar weiter zurück, wobei naturgemäß die Schwierigkeiten wachsen. Unter geschlossenen Formationen herrscht durchweg musterhafte Ordnung. Zur Ausübung des Grenzschnittes gegen Übergriffe belgischer Blünderer und deutscher Marodeure wird, nachdem die letzten deutschen Truppen die Grenzgegend verlassen haben, eine starke Grenzwaache aus entlassenen Heeresanachwörtern gebildet.

Eine Mahnung Hindenburgs.

Generalfeldmarschall Hindenburg hat ein Telegramm an die Reichsleitung gerichtet, worin er sagt: „Die Waffenstillstandskommission meldet, daß die Haltung der Feinde

Die Zensur.

Wir lesen in der Deutschen Tageszeitung: Der Volksbeauftragte Scheidemann hat gegenüber der Presse erklärt, er wolle den Pressevertretern seine Anwesenheit geben, wie sie sich

lichen Mitglieder der Kommission, insbesondere der französischen, durchaus ablehnend ist, daß die Gegner weiterhin Unmöglichkeiten fordern und daß es nicht ausgeschlossen ist, daß die Franzosen sich Rechtsmittel für eine Wiederaufnahme des Kampfes schaffen wollen. Ich muß ausdrücklich betonen, daß das deutsche Volk infolge der Härte der Waffenstillstandsbedingungen und unter dem Einfluß der Ereignisse in der Heimat nicht in der Lage ist, den Kampf wieder aufzunehmen. Selbst ein Kampf allein gegen die französische Armee wäre nicht möglich. Ich halte es für meine Pflicht, dies auch deshalb zu betonen, weil aus Äußerungen der feindlichen Presse hervorgeht, daß die feindlichen Regierungen nur mit einer deutschen Regierung, die sich auf die Mehrheit des Volkes stützt, Frieden schließen werden."

Französische Nachschaffungen.

Die deutsche Regierung hat sich veranlaßt gesehen, an die gegnerischen Regierungen folgende Note zu richten: Nach Zulassung 1 zum Waffenstillstandsabkommen sollen Belgien, Frankreich, Luxemburg und Elsass-Lothringen innerhalb 15 Tagen in drei Etappen geräumt werden. Die drei Etappen sind auf einer Karte verzeichnet. Die dritte Etappe greift auf der Karte westlich Brüssel und zwischen Metz und Saarbrücken, und zwar einschließlich Saarbrücken und Saarbrücken, auf rheinländisches Gebiet über. Es erscheint nicht ausgeschlossen, daß dies erfolgt ist, um zu verhindern, diese Gebiete zu Elsass-Lothringen beziehungsweise zu Luxemburg zu schlagen.

Weiter betont die Note, daß der Protest der deutschen Kommissionsmitglieder nicht beachtet worden ist. Die deutsche Regierung legt gegen jeden Versuch einer Loslösung dieser Gebiete feierlichst Verwahrung ein.

Eine deutsche sozialistische Armee.

Im Volksrat des NSDAP wird zurzeit der Plan für die Bildung einer deutschen sozialistischen Armee ausgearbeitet. Die Armee soll in Mannschaften und Führer zerfallen, wobei die Führer gewählt werden. Für den Dienst ist militärische Disziplin vorgeschrieben. Die alten Reichs- und Landeskorps werden abgeschafft. An ihre Stelle tritt die rote Kolorade als Abzeichen der sozialistischen Republik. Abzeichen und Degen sollen fort. Die Führer tragen unterschiedslos die gleiche Bekleidung, bestehend aus Bluse, Rock und Mantel. Waffen dürfen nur im Dienst getragen werden. Auch die gewählten Führer dürfen das Abzeichen ihres Ranges nur im Dienst tragen. Dieses Abzeichen besteht aus einer roten Binde. Gruppenführer tragen die rote Binde ohne Streifen, Zugführer mit einem schwarzen Streifen, Kompanieführer mit zwei schwarzen Streifen und Bataillionsführer mit drei schwarzen Streifen.

Der Papst für mildere Bedingungen.

Wie aus Rom gemeldet wird, hat nach einer amtlichen Erklärung des Kardinal-Staatssekretärs der Papst auf die Bitte des Kölner Kardinals v. Hartmann vom 14. November d. J. wegen Versorgung des Rheinlandes mit Lebensmitteln sowohl beim amerikanischen und französischen Episkopat wie auch bei der englischen Regierung logisch entsprechende Schritte getan. Auch schon vorher hatte der Papst beim Präsidenten Wilson sich um Wilderung der Waffenstillstandsbedingungen und um Beschaffung von Nahrungsmitteln für Deutschland bemüht.

Verschiedene Meldungen.

Bern, 23. Nov. Nach einer Äußerung des Senators Doumer, Vorsitzenden des Heeresausschusses im Senat betragen die Verluste Frankreichs an Toten 1,6 Millionen.

Genf, 23. Nov. Die französische Regierung wird am 27. Dezember einen Sonderzug von Paris abgehen lassen, um den Mitgliedern des Parlaments einen Besuch Elsass-Lothringens zu ermöglichen. Es ist in Aussicht genommen, Rülhausen, Kolmar, Straßburg und Reims zu besuchen.

Krakau, 23. Nov. Divisionsgeneral Rogwadowski erhielt die Meldung, daß die polnischen Truppen die ganze Stadt Lemberg und Umgebung eingenommen haben.

Konstanz, 23. Nov. Der bekannte General Krafft v. Delmeningen wurde vom Soldatenrat in einem Hotel nahe Ulm verhaftet und nach Neu-Ulm gebracht.

München, 23. Nov. Der Fürst-Erzbischof von Prag Graf Dvornik ist auf der Flucht nach der Schweiz in München eingetroffen und wohnt im Franziskaner-Kloster. Er war bisher in einem Kloster in der Oberpfalz, hat sich aber dort nicht mehr sicher gefühlt.

Wien, 23. Nov. Nach einer Meldung aus Budapest sind dort 11.000 französische Soldaten, darunter auch Kolonialtruppen eingetroffen.

Ententevormarsch in Südrussland.

Aufruf an die Bevölkerung.

Die langangekündigte Aktion der Entente gegen das bolschewistische Russland scheint sich jetzt in die Tat umsetzen zu sollen.

Nach dem Moskauer amtlichen Telegraphenbureau haben die Entente-Mächte einen Aufruf an die Bevölkerung Südrusslands veröffentlicht, in dem bekanntgemacht wird, daß sie ihren Einzug in Südrussland vorbereiten, um in Südrussland wieder die Konstitutionen einzuführen und die Usurpatoren des Bolschewismus zu vernichten zu machen und die Bolschewisten und ihre beteiligten Genden vogelfrei zu erklären. Die Entente-Mächte erkennen in Russland nur die gegen die Sowjetregierung kämpfenden Truppen an. Als solche werden freiwillige Regimenter und die Kosaken-armeen angesehen. Von allen anderen Organisationen verlangt die Entente die Herausgabe der Waffen.

Russische Kreise versichern, die Alliierten hätten trotdem nicht an einen Marsch nach Moskau und Petersburg, sondern beabsichtigten lediglich, die Ukraine und die benachbarten Gebiete zu einem Ausnützungsbasis und Stützpunkt für ihre Zwecke zu machen. Mit dem Sturze des Hetmans und nach dem Abzug der Deutschen sei dafür die Zeit reif.

Gegen die russische Einmischung in Deutschland

erläßt die Berliner Regierung eine Erklärung mit Bezugnahme auf die unrichtige Darstellung der russischen Telegraphenagentur über die Vorgänge bei der Ausweisung des Herrn Joffe aus Berlin. In der Erklärung wird festgestellt, daß der russische Versuch, die Vorfindung der Flugblätter in dem russischen Kuriergepäck als das Werk eines deutschen Propagandisten darzustellen, an den Tatsachen gescheitert ist. Herr Joffe selbst hat, als ihm von Staatssekretär Dr. Solf der Tatbestand vorgehalten wurde, die Abkennung der Einfuhr nicht aufrechterhalten können. Er verurteilte noch die Ausfuhr, die Flugblätter seien jedenfalls nicht für Deutschland, sondern für die Schweiz bestimmt, aber auch diese ließ sich nicht halten, da die Ausfuhr sich offensichtlich an die deutsche Arbeiterchaft richtete. Auch Herr Nadel gab zu, daß trotz der entgegenstehenden Bestimmung des Friedens von Brest-Litowsk die Sowjetregierung nichts daran gehindert habe, revolutionäre Propaganda jenseits der Grenzen zu treiben. Gegenüber den russischen Klagen über Mangel an Rücksicht gegen Herrn Joffe wird ausgeführt, daß die Ausweisung unter Beobachtung aller dem Vertreter einer fremden Macht gegenüber erforderlichen Rücksichten geschah. Es mag darauf hingewiesen werden, daß in Russland das Personal unserer Generalkonsulate ins Gefängnis und zum Teil sogar ins Zuchthaus abgeführt und daß das Archiv und Gepäck unserer Vertretungen in willkürlicher Weise beschlagnahmt und durchsucht worden ist.

Die Zustände in Petersburg.

Nach einem Telegramm aus Helsingfors besagen dort aus Petersburg eingetroffene Nachrichten, daß die Bolschewisten in den letzten Tagen in Petersburg eine große Anzahl graulamer Morde begangen hätten. Ungefähr 500 höhere Offiziere seien ermordet worden.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

+ Mit der Frage der Zukunft der deutschen Seeschifffahrt hat sich noch kurz vor seinem Tode der bekannte Generaldirektor der Hamburg-Amerika-Linie befaßt. Auf Grund eingehender Beratungen mit den Reedereiverinigungen hatte Ballin eine Denkschrift ausgearbeitet, die als Grundlage vorliegt, daß Deutschland seine Handelsflotte zur freien Verfügung behalten soll. Dafür würde Deutschland auf Grund bestimmter Vereinbarungen bezüglich der Preise und Befreiungen für eine bestimmte Zeit ausschließlich für die Handelsflotte der Entente und insbesondere für England brennen. Der neuen Regierung ist bereits das Projekt übermittelt worden, und es haben bereits Beratungen darüber stattgefunden. Soweit bisher bekannt geworden ist, hat die deutsche Regierung im allgemeinen den Entwurf Ballins auch zu dem ihrigen gemacht.

+ Zur Begründung einer Deutschen Volkspartei schweben zurzeit zwischen der Leitung der Nationalliberalen Partei und führenden Persönlichkeiten der früheren Fortschrittlichen Volkspartei Verhandlungen über einen Zusammenschluß beider Gruppen zu einer einheitlichen Deutschen Volkspartei.

Ganz geklärt sind die Verhältnisse indessen noch nicht, denn den Nationalliberalen unter Führung von Dr. Frickberg und Dr. Stresemann, die den Aufruf zur Gründung der Deutschen Volkspartei erlassen, haben sich die Fortschrittler Wiener und Rappach angeschlossen. Die Nationalliberalen Korrespondenz stellt gegenüber anderen treuen Meldungen fest, daß bisher von 45 Mitgliedern der Reichstagsfraktion vier und von 71 Mitgliedern der Landtagsfraktion nur ein Mitglied aus der nationalliberalen Partei ausgetreten ist.

+ Der Thronverzicht in Baden seitens des Großherzogs und des Thronfolgers, des Prinzen Max, ist nun auch erfolgt. Der Großherzog entbindet alle Beamten, Soldaten und Staatsbürger ihres Treueides, um sie in ihrem Gewissen nicht zu hemmen. Die Proklamation schließt mit den Worten: „Mein und meiner Vorfahren Leittum war die Wohlfahrt des badischen Landes. Sie ist es auch bei diesem meinem letzten schweren Schritt. Mein und der Meinigen Liebe zu meinem Volke hört immer auf! Gott schütze mein liebes Badener Land!“

+ Um die Ruhe in Oberschlesien aufrechtzuerhalten, hat sich das Mitglied der Regierung Haase dorthin begeben und an die Vertreter der Behörden sowie der NSDAP eine längere Ansprache gehalten, in der er u. a. betonte: „In meinem großen Bedauern hat der Regierungspräsident von Oppeln das Verhältnis der Regierung zu den Polen noch nicht recht aufgeklärt. Er stellt es als ein Entgegenkommen dar, daß jetzt den Polen eingeräumt worden ist, in gewissen Stufen der Schule den Religionsunterricht in polnischer Sprache erteilen zu lassen. Es ist nicht ein Entgegenkommen, sondern die Erfüllung eines wohlbegründeten Anspruchs.“ Der Redner erklärte in seinen weiteren Ausführungen, daß in bezug auf Trennung von Kirche und Staat von der preussischen Regierung sorgfältig vorbereitete Maßnahmen getroffen werden, damit arme Kirchengemeinden nicht in finanzielle Bedrängnis kommen.

+ Ein neues Steuerfluchtgesetz, dessen Hauptbestimmungen folgende sind: Es ist verboten, Wertpapiere ins Ausland zu verbringen anders als durch Vermittlung der Banken. Banken dürfen einen Auftrag auf Verbringung von Wertpapieren ins Ausland oder auf Umschreibung von einem inländischen auf ein ausländisches Konto nur ausführen, wenn der Auftragsteller in doppelter Ausfertigung eine Erklärung über Inhalt und Zweck des Geschäftes abgibt. Eine Abschrift dieser Erklärung hat die Bank in einer Woche an die Steuerbehörde einzureichen. Die eigenen Geschäfte der Bank fallen nicht unter diese Bestimmung. Das Reichswirtschaftsamt kann weitere Ausnahmen gestatten. Auf Verstößen sind sehr hohe Strafen gesetzt, nämlich 100.000 Mark Geldstrafe, wahlweise mit Gefängnis bis zu drei Jahren und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte.

+ Verdacht auf Einbruch gegen die Trennung von Kirche und Staat erhebt der Erzbischof von Köln namens aller deutschen Bischöfe. Er bezeichnet in einem Schreiben an die preussische Regierung die geplante Trennung als einen flagranten Rechtsbruch und sagt: „Wenn beabsichtigt wird, diese Trennung auf dem Wege einer bloßen Verordnung und nicht durch die Gesetzgebung zu vollziehen, so ist das keine Gesetzesmaßnahme, sondern ein Akt willkürlicher Gewalt.“

+ Zu der vom preussischen Justizministerium erlassenen Amnestie für politische Straftaten sind noch nähere Bestimmungen bekanntgegeben worden. Unhängige Verfahren sind niederzulassen. Die Strafvollstreckung soll sofort unterbrochen werden und weitere Vollstreckungsmaßnahmen sind weiterhin nicht mehr einzuleiten. Auch für nichtpolitische Straftaten steht eine Amnestie bevor, und schon jetzt sind die Vollstreckungsbehörden angewiesen worden, die Vollstreckung von Strafen von nicht mehr als drei Monaten Gefängnis sofort zu unterbrechen und Verfahren wegen Straftaten, bei dem keine höhere Strafe wie drei Monate Gefängnis zu erwarten ist, erst gar nicht mehr einzuleiten. Alle Urteile werden nicht mehr im Namen des Königs erlassen, sondern es heißt jetzt nur noch: „Es wird erkannt usw. und zum Schluss einfach: Amtsgericht bzw. Landgericht Berlin usw.“ Die neue Staatsform wird nicht erwähnt.

China.

+ Der schon mehrfach angekündigte Einmarsch der Amerikaner in China und Russland scheint nunmehr erfolgen zu sollen. So wird aus Tokio gemeldet, daß die Vereinigten Staaten längs der chinesischen Eisenbahn, die die Verbindungslinie der Alliierten mit Sibirien bildet,

Rote Rosen.

Roman von G. Courths-Mahler.

46. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Er sah lächelnd in ihre Augen. „Mir scheint also wirklich, ich brauche mir keine Beweismittel zu machen, wenn ich dich aus der Residenz entferne.“ „Nein, wirklich nicht, das kannst du mir glauben.“

Sie mußten ihre Unterhaltung abbrechen, um sich von den sich zurückziehenden Gästen zu verabschieden. Langsam leerten sich nun die Räume. Eine Weile war es dann noch laut und lebhaft draußen im Hof und in den Garderoben, bis die letzten Gäste davon gefahren waren.

Gräfin Gerlinde und die beiden Brüder saßen jetzt noch mit dem Minister und seinen Damen in einem kleinen Salon und plauderten, bis der letzte Wagen abgefahren war.

Graf Henning saß ziemlich still neben seinem Bruder, und seine Augen blickten brennend und unruhig an Jostas Antlitz. Er wollte morgen sehr früh nach Berlin zurückreisen und mußte sich deshalb schon heute von ihr verabschieden. Trotzdem ihm das sehr schmerzte, sagte er sich doch, daß es sehr gut sei, daß er jetzt aus den Augen verlöre. Er fühlte, daß er erst seine Ruhe wiederfinden mußte, ehe er ihr wieder begegnen dürfte. Und er hoffte, sie bald wieder zu finden.

Bis zu ihrer Hochzeit sah er sie jedenfalls nicht wieder, und bis dahin mußte er sein jah erwachtes, aufstrebendes Gefühl für sie zu einer brüderlichen Gärlichkeit herabgestimmt haben.

Und seine Liebe zu Rainer mußte ihm helfen, auch ihm Kraft dazu geben, denn um alles in der Welt hätte er seinen Bruder nicht betrüben, ihm nichts neiden mögen.

Mit diesen Vorsätzen verabschiedete er sich, zuerst von Frau Seydlitz und dem Minister. Dann wandte er sich an Josta. Sein junges Gesicht wurde bleich, und es zuckte leise darin, wie unterdrückte Erregung, als sie ihm mit ihrem Lieben, ach, so lieben lächelnd die Hand reichte.

Er zog sie an seine Lippen, und als er sich wieder aufrichtete, sah er die Bäume fest zusammen.

Gräfin Gerlinde entging nicht das Geringste. Ihre Augen beobachteten Henning und Josta ohne Unterlaß, und als sie in sein bleiches, zuckendes Gesicht sah, dachte sie, daß es sehr schade sei, daß Henning und Josta sich jetzt schon wieder trennen mußten. Wären sie länger zusammen geblieben, dann hätte sich wohl mancherlei nach Wunsch regeln lassen. Man hätte doch vielleicht schon jetzt das Schicksal korrigieren können, und vielleicht hätte sich die Heirat zwischen Josta und Rainer ganz verhindern lassen.

Und so wollte Gräfin Gerlinde sich damit abfinden, daß vorläufig alles seinen Gang gehen müsse. Sie sagte sich zum Troste:

„Auch Ehen können wieder getrennt werden, und ich will nicht ruhen und rasten, bis Rainer eines Tages mir zugehört — so oder so!“

Josta sagte indessen warm und herzlich zu Graf Henning:

„Wie schade, lieber Henning, daß dein Urlaub so kurz bemessen ist. Ich lasse dich gar nicht gern wieder fort.“

Er lachte zu scherzen. „Du hast ja Rainer und wirst mich nicht vermissen.“

„Ach — Rainer reist ja morgen mittag mit Gerlinde auch wieder nach Hamburg zurück. Nicht wahr, Rainer?“

Dieser verneigte sich zustimmend.

„Ich muß, Josta. Die Pflicht ruft“, antwortete er lächelnd.

Der Gedanke, daß Rainer jetzt auch wieder abreiste, hatte etwas Erleichterndes für Henning. Aber er gab sich keine Rechenschaft darüber.

„Wir sehen uns aber bald wieder, lieber Henning“, sagte Josta warm, „und bis dahin leb wohl!“

„Leb wohl, Josta — auf Wiedersehen!“

Henning's Augen umfaßten noch einmal Jostas liebe Erscheinung mit einem aufleuchtenden Blick.

„Wenn ich sie wiedersehe, will ich ganz ruhig sein, ich will“, dachte er bei sich.

Auch Graf Rainer verabschiedete sich nun von seiner Braut, und zwar nur mit einem Handkuss.

Graf Henning stand abseits, mit fest aufeinandergebißenen Lippen, und sah diesem Abschied zu. Und als sein Bruder nach dem Handkuss von Josta zurücktrat, atmete er auf. Zugleich dachte er:

„Wenn ich gewollt hätte — dann hätte ich Josta zum Abschied auf den Mund küssen können.“

Bei diesem Gedanken schloß er einen Moment die Augen, als wenn ihm schwindelte. Ganz deutlich hatte er wieder — selbstam berauschende Empfinden, das er gestern Abend gehabt hatte, als er Josta in seine Arme genommen und geküßt hatte zur Befriedigung des brüderlichen Du.

Und da sagte er sich, daß es besser gewesen sei, ihr zum Abschied nur die Hand zu küssen.

Zu einem brüderlichen Kuß war er nicht ruhig genug, und anders durfte — und wollte er die Braut seines Bruders nicht küssen. Nein — er wollte nicht, so süß und lockend der seine rote Mund Jostas auch zu ihm herüberleuchtete. Aber er war froh, daß dieser Mund jetzt in seinem Weisheit auch nicht von Rainer geküßt wurde. Er hätte es nicht mitansehen können.

Graf Rainer sah seine Braut noch einmal, ehe er am nächsten Tage wieder nach Hamburg zurückreiste. Auch Gräfin Gerlinde machte noch einen Abschiedsbesuch im Jungfernschlößchen. Sie überschüttete Josta förmlich mit liebevollen Gärlichkeiten und betonte immer wieder, wie sehr sie sich auf die Zeit freute, wenn Josta erst in Hamburg weilte.

Trotzdem Gräfin Gerlinde zur gleichen Zeit mit Graf Rainer im Jungfernschlößchen weilte, gelang es diesem doch, noch ein kurzes Alleinsein mit seiner Braut herbeizuführen. Er erkundigte sich bei ihr, ob sie besondere Wünsche in bezug auf die Zimmer haben würde, die sie in Schloß Hamburg bewohnen sollte.

Josta wünschte, daß nichts daran geändert werden möge.

„Ich werde, wenn ich erst in Hamburg bin, selbst dafür sorgen, daß meine Zimmer eine persönliche Note bekommen. Das kann sich indes nur um Kleinigkeiten handeln, Rainer. Ich weiß, man tut gut daran, solche alten Räume in ihrem ursprünglichen Zustand zu belassen und sich darauf zu beschränken, die Einrichtung zu erhalten.“

60 000 Mann Militär aufstellen wollen. Verhandlungen mit Japan und China, bei denen die beiden Länder erachtet werden, für diesen Zweck Kasernen zu errichten, sind mißglückt. Die Vereinigten Staaten haben jetzt beschlossen, selbst in Charkow Kasernen für zwei Regimenter zu bauen.

Aus In- und Ausland.

Berlin, 23. Nov. Berichte aus Oberschlesien besagen, daß von einzelnen Belegschaften geradezu unnötige Forderungen, wie sechsstündige Arbeitszeit und 80 Mark Schichtlohn, gestellt werden. Teilweise ist es bereits zu Arbeitsstörungen gekommen.

Berlin, 23. Nov. In Nordwestdeutschland haben die vereinigten USR Oldenburg, Ostfriesland, Bremen, Regierungsbezirk Stade, Oldenburg, Hamburg und Schleswig-Holstein bereits eine neue Republik mit dem Sitz in Hamburg gebildet.

Dresden, 23. Nov. Die Regierung hat ein neues Arbeits- und Wirtschaftsministerium eingeführt.

München, 23. Nov. Der frühere bayerische Kronprinz hat sich nach der Schweiz begeben, wo Besprechungen mit Vertretern des alten Systems in Deutschland und Österreich stattfinden sollen.

Triest, 23. Nov. In acht amerikanischen Automobilen brachte ein amerikanischer Offizier über 450 deutsche Mannschaften nach Triest, die an der Front die Übergabe geleitet hatten.

London, 23. Nov. Lord Robert Cecil und der Nahrungsmittelkontrollenr Clones sind aus der Regierung ausgestiegen.

Vom Tage.

Bevorstehende Proklamation über die zukünftige Politik.

Berlin, 23. Nov. Die jetzige Regierung beabsichtigt ihrem Vernehmen nach für Montag die Veröffentlichung einer ausführlichen Proklamation, die ihre wirtschaftlichen und politischen Pläne für die Zukunft bekanntgeben soll.

Unser Schiffsmaterial „in Verwahrung“ der Entente.

Berlin, 23. Nov. Wie von einem Teilnehmer berichtet wird, tagte vom 20. bis 22. November die Kommission zur Überwachung der Durchführung der Waffenstillstandsbedingungen auf militärischem Gebiet in Antwerpen. Hierbei wurde von deutscher Seite der Auffassung des § 28 des Waffenstillstandsvertrages dahin Ausdruck gegeben, daß sämtliche übernommenen Schiffe, Werkstätten und alles Material von uns an Ort und Stelle gelassen und von der Entente in Verwahrung genommen werde. Der englische Admiral stimmte dieser Auffassung zu, betonte aber, daß die endgültige Entscheidung bei der Friedenskonferenz liegen würde.

Eine unabhängige süddeutsche Republik?

Berlin, 23. Nov. Wie verlautet, hoffen die am Montag in Berlin eintreffenden Vertreter Bayerns, Württembergs und Badens auf eine Verständigung mit der Berliner Regierung. Diese Hoffnung wird hier geteilt. Sollte es aber nicht gelingen, eine Einigung zu erzielen, seien die süddeutschen Vertreter fest entschlossen, zur Errichtung einer selbständigen, von Berlin unabhängigen Republik zu schreiten.

Forderungen des ersten brandenburgischen Bauernrates.

Berlin, 23. Nov. Der 1. Bauernrat in der Mark Brandenburg hat sich in Brederode gebildet. Er fordert 1. bessere Volksernährung durch möglichst freiwillige Abgabe der Lebensmittel. 2. Eine Bauernwehr im Interesse der Aufrechterhaltung der Ordnung und der Volksernährung. 3. Mitwirkung der Bauernräte bei allen Entscheidungen des öffentlichen Wirtschaftslebens. 4. Mitarbeit in der Überführung des landwirtschaftlichen Großbesitzes in den Besitz von Bauern. 5. Rücksichtsloses Vorgehen gegen die bisherige Schöpfung der Großgrundbesitzer bei der Abgabe von Lebensmitteln. Wie usw.

Die deutschen Überseedampfer in Sicherheit.

Berlin, 23. Nov. Von einem deutschen Gewährsmann wird berichtet, daß die deutschen Übersee-Dampfer sämtlich, mit Ausnahme der „Gneisenau“, welche in Reparatur liegt, rechtzeitig aus den belagerten Häfen nach Holland entkommen sind. Überall ist ihnen die Feindseligkeit der Bevölkerung besonders stark aufgefallen.

Angleich in der Provinz Posen.

Posen, 23. Nov. Im Auftrage der Provinzialversammlung der USR der Provinz Posen wurden zwei Delegierte nach Ostrowo geschickt, um die Angleichung der nationalen Gegenstände. Es wurde ein gemeinsamer Soldatenrat gegründet, bestehend aus 4 deutschen und 4 polnischen Mitgliedern, dem sich der Arbeiterrat angeschlossen hat, obwohl die Bevölkerung überwiegend polnisch ist. In Ostrowo soll vollkommene Ruhe herrschen.

Er küßte ihr die Hand.

„Ich freue mich, daß du in dieser Angelegenheit einer Meinung mit mir bist, Josta. Und ich denke, du wirst zufrieden sein. Die Zimmer der Majoratsherrin von Namberg sind die schönsten im ganzen Schloß.“ Josta sah ihn fragend an.

„Diese Zimmer werden immer von der jeweiligen Herrin des Hauses bewohnt, nicht wahr?“ „So ist es!“

„Sie sind also bisher von Gerlinde bewohnt worden?“

„Ja, Gerlinde wohnt noch darin, wird aber gleich nach unserer Rückkehr nach Namberg in das Witwenhaus übersiedeln, damit alles in Ordnung gebracht werden kann für dich. Wir sehen uns nun vor unserer Hochzeit nicht mehr, meine liebe Josta. Wenn du noch irgendwelche Wünsche hast, mußt du sie mir brieflich mitteilen. Wirst du das tun?“

Er küßte bei dieser Frage ihre beiden Hände und sah sie bittend an.

Sie wurde unruhig. In seinem Blick lag etwas, das sie sich nicht deuten konnte, und das sie erregte und mit sehnsüchtigem Wanken erfüllte. Ach — wenn sie doch nicht gehört hätte, daß er eine andere liebte — wieviel glücklicher hätte sie sein können! Sie hätte es dann vielleicht nie erfahren, und hätte sich einbilden können, Rainers Zärtlichkeit entspränge einem anderen Gefühl. Aber so wußte sie nur zu gut, daß er nur eine Art väterliche Neigung für sie hatte, und eine andere liebte.

Und so zwang sie sich ruhig zu bleiben, und vermochte es, ihn ganz ruhig anzusehen.

Da ließ er schnell, wie entnervt, ihre Hände wieder frei.

Nein, noch regte sich nichts in ihrem Herzen, das seinen eigenen Gefühlen für sie gleichkam. So dachte er und ermahnte sich immer wieder zur Vorsicht und Geduld. Und er ahnte gar nicht, wieviel besser es gewesen wäre, wenn er sich nicht mit aller Kraft und Energie diese scheinbare Ruhe und Gelassenheit abgezwungen hätte.

Ehe sie noch ein Wort wechseln konnten, trat Gerlinde mit Frau von Seiditz aus dem Nebenzimmer zu ihnen, und sie waren nun nicht mehr allein, bis sie sich trennten.

(Fortsetzung folgt.)

Besetzung Schlettstatts.

Karlstraße, 23. Nov. In Schlettstadt i. E. sind zwei Schwadronen albanischer berittene Jäger eingetroffen.

Amerika baut weiter an der Flotte.

Washington, 23. Nov. Der Marinekommission des Repräsentantenhauses wurde mitgeteilt, daß die amerikanische Flotte im Jahre 1920 doppelt so stark sein werde, wie im Jahre 1917. Sie wird aus 800 Schiffen bestehen.

Washington, 23. Nov. Mac Ardon hat seine Entlassung als Schatzsekretär und Generaldirektor der Eisenbahnen genommen.

Amerikas Schiffverluste im Kriege.

Washington, 23. Nov. Das Handelsamt veröffentlicht den Verlust von 145 amerikanischen Passagier- und Handelsdampfern mit 354 449 Tonnen Schiffsraum durch feindliche Tätigkeit vom Beginn des Krieges bis zur Einstellung der Feindseligkeiten. 19 Schiffe gingen durch Torpedos, Minen und Geschützfeuer vor dem Eintritt Amerikas in den Krieg verloren.

Kein Verhandeln mit den USR.

Saag, 23. Nov. Die Daily News, schreiben, die Entente würde auf keinen Fall mit den deutschen USR verhandeln. Wenn innerhalb der nächsten vier Wochen keine gesetzmäßige Regierung Deutschlands vorhanden sei, käme die Räumung des Westfrontlandes in Frage.

Angestrebte amerikanische Feststellungen.

Saag, 23. Nov. Der Vorherr „Nation“ meldet aus New York, daß Deutschland laut amerikanischen Feststellungen nicht vor dem 1. April 1919 die amerikanischen Lebensmittel notwendig habe. Überdies haben die Vereinigten Staaten erklärt, in dieser Angelegenheit nur im Einverständnis mit den anderen verbündeten Ländern zu verfahren.

Friedenskonferenz nicht vor Neujahr.

Saag, 23. Nov. Die italienische Agentur Volta berichtet, daß die Friedenskonferenz nicht vor Neujahr beginnt. Die Sitzungen in Versailles bezwecken die Festlegung der Punkte des gemeinsamen Programmes, das die Entente verwickeln wolle.

Kroatien unter Habsburgs Joch?

Agram, 23. Nov. Die großslawischen Kreise erklären es für eine große Gefahr für das Kroatenland, wenn das Land unter die Herrschaft der Dynastie Karageorgewitsch käme. Der katholische Klerus tritt offen für die Habsburger ein, mit denen nach Ansicht weiterer Kreise der kroatische Nationalrat ein geheimes Abkommen getroffen hat. Kaiser Karl habe die Flotte ausgeliefert, weil er auf den Thron des südslawischen Staates hoffe.

Die Rumänen in der Bukowina.

Wien, 23. Nov. Die ganze Bukowina ist von rumänischen Truppen besetzt worden.

Ungarn gegen serbische Übergriffe.

Budapest, 23. Nov. Der ungarische Ministerpräsident teilt über die Schweiz nach Paris, um mit der Entente Fühlung zu nehmen und Beschwerde einzulegen gegen die Übergriffe serbischer Truppen.

Admiral Koltisch zum Diktator ernannt.

Charkow, 23. Nov. Wegen der kritischen Lage in Rußland hat die Regierung in Omsk beschlossen, dem Admiral Koltisch mit den Vollmachten eines vorläufigen Diktators auszustatten.

Ein Volksschullehrer ins Ministerium berufen.

Vom Ministerium für Wissenschaften, Kunst und Volksbildung wird mitgeteilt: Der Volksschullehrer Menzel-Dahlem, der bekannte Schulpolstiker und Vertrauensmann der deutschen Lehrerschaft, ist in das neue Ministerium berufen und wird schon in den nächsten Tagen seine neue Tätigkeit aufnehmen.

Frankfurt — der Ort des Zusammentritts der Nationalversammlung?

Wie der „Berl. Lokalan.“ hört, ist es nicht ausgeschlossen, daß die Nationalversammlung in Frankfurt a. M. zusammentritt. Was den Wahlmodus anbetrifft, so wird angeregt, das Reich in 40 Bezirke einzuteilen, innerhalb deren dann wieder eine bestimmte Anzahl von Abgeordneten gewählt wird.

Aus Nah und Fern.

Herborn, den 26. November 1918.

* (Die Entlassungen aus dem Heimatheer.) Vom 1. Dezember 1918 ab sind aus dem Heimatheer zu entlassen: Offiziere des Beurlaubtenstandes, Unteroffiziere und Mannschaften der Jahrgänge 1880 bis einschl. 1888. Zur Aufrechterhaltung des notwendigen Ordnung-, Arbeits- und Bewachungsdienstes können Mannschaften bis längstens 15. Dezember zurückgehalten werden, dann müssen sie durch jüngere ersetzt sein, die auch aus den aufgelösten mobilen Formationen frei werden. Das Eintreffen einzelner mobiler Formationen in der Heimat hat begonnen. Alles muß getan werden, um den nach langer schwerster Kriegszeit ins Vaterland zurückkehrenden Männern einen herzlichen Empfang zu bieten, nicht nur der Gesamtheit in öffentlicher Art, sondern auch jedem einzelnen gegenüber in ernstem kameradschaftlichen Geiste. Vergessen wir nicht, was sie für die Heimat getan haben. Soweit die in der Heimat eingetroffenen mobilen Formationen nicht zum Grenzschutz oder Ordnungsdienst bestimmt sind, werden sie gemäß Erlass vom 19. November 1918 sofort aufgelöst oder in den Friedensrahmen zurückgeführt. Alle Jahrgänge bis auf die Jahrgänge 86—99 werden ordnungsmäßig entlassen. Die letzteren Jahrgänge sind in die Ersatztruppenteile der Friedensformationen oder in diese selbst zu überführen, um dort ältere Jahrgänge zur Entlassung frei zu machen. Einzelheiten regeln die Stellb. Generalkommandos usw.

* (Beruhigung der Sparrer.) Aus Berlin wird gemeldet: Infolge der Geldhamsterei und der kritischen inneren Lage hatte die Berliner Sparkasse in der ersten Hälfte des Monats erhebliche Abflüsse an Spareinlagen zu verzeichnen. Sie hat aber ausnahmslos alle zurückgeforderten Beträge in jeder Höhe ausgeliefert. Seit einigen Tagen ist eine Beruhigung eingetreten. Der Sparkasse fließen wieder fortgesetzt Einlagen in großem Umfange zu, sodaß sich allein in den letzten vier Tagen der Einlagenbestand um 1 1/2 Millionen Mark erhöht hat.

* (Jagdzeit auf Hasen.) Eine gesetzliche Verlängerung der Jagdzeit auf Hasen und anderes Wild für den kommenden Winter wird nicht erfolgen.

△ Allendorf (Hil), 24. Nov. Ein überaus trauriger Unfall ereignete sich heute oberhalb unseres Dorfes. Auf der steil abfallenden Straße verlor der Führer eines mit Soldaten und einigen Mädchen der Bürgendorfer Geschloßfabrik besetzten Lastautos die Gewalt über das Fahrzeug, das mit rasender Geschwindigkeit den sog. Allendorfer Stieg hinabsauste. An der Kurve dicht oberhalb des Ortes stürzte der Motorwagen nebst dem Anhängenden um; ein kleines nachfolgendes Personenauto fuhr in die Trümmer hinein. Ein Soldat und ein Mädchen waren gleich tot, während ein weiterer Soldat und ein Mädchen auf dem Transport zum Krankenhaus starben. Außerdem wurden etwa zehn Soldaten und Mädchen mehr oder weniger schwer verletzt, von denen ein Soldat, der einen Schädelbruch erlitten, noch in Lebensgefahr schwebt. Angeblich soll das Unglück auf das Veragen der Bremse zurückzuführen sein.

Söhnerberg. Ein 6. dauerlicher Unglücksfall, dem leider ein junges Menschenleben zum Opfer fiel, ereignete sich hier. Der 14-jährige Sohn des Lehrers Gath nahm von einem gegenwärtig hier befindlichen Militärauto einen Offiziersrevolver und spielte damit, ohne zu wissen, daß derselbe geladen war. Im Scherz hielt der Junge den Revolver auf sich und drückte ab. Ein Schuß ging los und traf ihn ins Herz, sodaß er auf der Stelle tot zusammenbrach. Möge dieser traurige Vorfall anderen Jungen zur Warnung dienen.

Frankfurt a. M., 25. Nov. In der heutigen Magistratsitzung wurde für Frankfurt als erste Stadt Preußens die Einführung der Einheitschule zum 1. April 1919 beschlossen.

Gechenheim. Der Bürgermeister Fischer wurde vom A- und S-Rat seines Amtes enthoben und der Genosse Guth mit der Führung der Bürgermeistergeschäfte beauftragt.

Worms. Dem A- und S-Rat wurden zehn Kinder als vermisst angemeldet. Diese haben sich, den Ermittlungen zufolge, an die Fahrzeuge durchfahrender Truppen gehängt und sind mit über den Rhein nach Osten gewandert.

Würgburg. Eine Bande von 20 bewaffneten jungen Burschen suchte die Rudelsfabrik in Grombühl zu stürmen und auszuplündern. Sie wurde durch den rasch alarmierten A- und S-Rat vertrieben.

Minden. Hier wurden 84 Mitglieder einer Räuberbande im Kampf mit Sicherheitspatrouillen gefangen. Drei Haupttäter wurden standrechtlich erschossen.

Aus Thüringen. Ein Landwirt aus Strehla mußte auch mit ins Feld; er wurde vor etwa 1 1/2 Jahren leicht verwundet und erhielt Heimatsurlaub. Seit dieser Zeit galt er als verschollen. Dieser Tage kam der Verschwundene wieder zum Vorschein; er hatte sich 1 1/2 Jahr versteckt gehalten und in einer Bodenkammer seiner Wirtschaft gehaust.

○ Wandert nicht in die Großstädte! In einzelnen Gegenden macht sich eine Abwanderung weiblichen Dienstpersonals nach den mittleren und größeren Städten bemerkbar, in der Annahme, daß dort geeignete Stellen vorhanden sein werden. Die Annahme ist durchaus falsch. Mit der Einschränkung der Arbeiten in den Rüstungsbetrieben sowie auch in anderen Betrieben wird eine große Zahl von weiblichen Hilfskräften frei, die den Bedarf an Hausangestellten reichlich decken. Es kann deshalb nur aufs dringendste geraten werden, daß die bisher auf dem Lande oder in den kleineren Städten in Stellung gewesenen Mädchen dort auch verbleiben, da sie in den Großstädten nicht auf Unterkunft zu rechnen haben würden.

○ Jeder Erwerbslose hat Anspruch auf Arbeit oder ausreichende Unterhaltung. Es wird bei dem überaus schwierigen Stand der deutschen Wirtschaft schwer sein, für jeden der heimkehrenden Krieger und für jeden der in der Heimat aus seiner bisherigen Beschäftigung ausgeschieden, sofort Arbeit und Verdienst zu schaffen. Es muß also für diejenigen, die zunächst keinen Erwerb finden, gesorgt werden. Die Pflicht zur Unterhaltung der vorübergehend Erwerbslosen ist staatlich geregelt worden und durch eine Verordnung des Reichsamts für die wirtschaftliche Demobilisierung rechtlich festgelegt. Nach dieser Verordnung haben alle arbeitsfähigen und arbeitswilligen über 14 Jahre alten Personen den Anspruch auf Fürsorge, auch weibliche Personen, wenn sie auf die Erwerbstätigkeit angewiesen sind. Die Unterstellungen tragen nicht den Charakter des Almosen und haben in keiner Weise die Rechtsfolgen der Armenpflege. Die Unterhaltung muß ausreichend sein, d. h. sie muß mindestens den nach der Reichsversicherungsordnung festgesetzten Ortslohn erreichen, der für die Ernährer einer Familie angemessen zu erhöhen ist. Kleinerer Besitz (Spargroschen und Wohnungseinkünfte) wird bei der Zuweisung der Unterhaltung nicht berücksichtigt. Einen besonderen Vorteil haben die Kriegsteilnehmer. Für sie darf keine Wartzeit, die in geringem Ausmaß für andere Erwerbslose vorgelesen ist, festgelegt werden. Die Träger der Erwerbslosenfürsorge sind die Gemeinden, die finanziell vom Reich unterstützt werden und die von den Kommunalaufsichtsbehörden oder von Seiten der Landeszentralbehörde zur eifrigsten Durchführung der Erwerbslosenfürsorge angehalten werden.

○ Todesstrafe bei Vorenthaltung von Lebensmitteln. Der USR zu Salzweil in der Altmark hat angeordnet, daß alle Personen, welche Lebensmittel zurückhalten, um diese zu Wucherpreisen abzusetzen, mit dem Tode zu bestrafen sind. Es wird erwartet, daß hierdurch den bisherigen Mißständen Abhilfe geschaffen und der Bevölkerung das ausgeführt wird, was ihr zusteht. Die Bekanntmachung des USR belagt weiter, daß auf einfachen Wucher und Schleichhandel entfallende gerichtliche Strafen von ihm in jedem Falle verdoppelt werden.

○ Der bayerische Löwe mit der Jakobinermütze ist das Wappentier des ersten Gelbes, das die Revolutionsregierung in Bayern am 1. Dezember herausgeben wird. Es kommen für 80 Millionen Kriegsnotegeldscheine heraus; von diesen zeigen die Zwanzigmarscheine den Löwen mit der Jakobinermütze.

Wettbewerb für neue Briefmarken. Die Münchener Neuesten Nachrichten laden deutsche und österreichische, insbesondere bayerische und Münchener Künstler ein, sich an einem Wettbewerb für neue Briefmarkenentwürfe zu beteiligen. Es wird dabei sowohl an Marken für die vereinigten deutschen Staaten gedacht wie auch an Sondermarken für Bayern. Es sind zehn Preise im Gesamtbetrag von 3000 Mark ausgesetzt.

Europa als Massenreiseziel. Seit Unterzeichnung des Waffenstillstandes haben 100 000 Personen in New York um Pässe nach Europa nachgesehen. Da die Beschränkungen für die Ausgabe der Pässe noch immer in Wirksamkeit sind, wurden diese Gesuche abgewiesen. 25 000 Personen warten in New York auf Schiffseigenheiten.

Postsendungen jeder Art, Telegramme und Ferngespräche nach Ost- und Südosteuropa werden wegen Unterbrechung der Eisenbahn- und Telegraphenverbindungen, die nach Besetzung von Ost- und Südosteuropa durch die feindlichen Mächte, entgegen den Bestimmungen des Waffenstillstandsabkommens, verweigert worden ist, von den Post- und Telegraphenämtern nicht mehr angenommen.

Der Achtstundenarbeitstag bei der Eisenbahn. Nach einem Erlaß des Eisenbahnministers soll auf den Eisenbahnverhältnissen der Achtstundenarbeitstag eingeführt werden. Am auch im Betrieb der Eisenbahn den Achtstundenarbeitstag einführen zu können, muß erst die Rückkehr der Eisenbahner aus dem Felde abgewartet werden, da eine plötzliche Änderung der Arbeitszeit leicht ein Stocken im Betriebe herbeiführen könnte.

Das Oberhofmarschallamt. Der ordnungsmäßige Geschäftsgang des Oberhofmarschallamtes in Berlin darf, wie amtlich bekanntgegeben wird, mit der Rückgabe wieder aufgenommen werden, daß die laufenden Gehälter und Löhne der Beamten und Arbeiter, ebenso die fälligen Rechnungen der Lieferanten für bereits gelieferte Gegenstände, Waren usw., ausbezahlt werden können, daß dagegen alle Zahlungen anderer Art, der vorherigen Genehmigung des Finanzministeriums unterliegen.

Postsendungen an die zurückkehrenden Soldaten. Das Kriegsministerium gibt bekannt, daß die Truppen, die nach ihrem Friedensstandorte zurückkehren oder einen anderen Standort beziehen, sich ihre Postschaften nicht mehr unter ihrer Feldpostadresse (Feldpostnummer), sondern nach ihrem Standort zuwenden zu lassen haben, also unter Angabe des Empfängers, des Truppenteils und des Standortes. Außerdem haben sich diese Truppen sofort beim Postamt ihres Standortes anzumelden. Bis dahin ist eine Postbeförderung an Deeresangehörige während des Rückmarsches nicht möglich.

Zur Erwerbslosen-Unterstützung hat der Rat der Stadt Dresden 500 000 Mark bewilligt.

Der Doppelmörder Weiß, der am Montag, den 18. November, nach Überwindung der Militärwache mit anderen Untersuchungsgefangenen aus dem Dresdener Militärgefängnis entwichen war, wurde auf einer Landstraße im Schöner Grunde wieder ergriffen und nach Dresden zurückgebracht.

Ein Schleichhandel im großen wurde auf dem Staatsbahnhof in Pleschen aufgedeckt. Bei Öffnung zweier Eisenbahnwagen fand man in einem derselben über 45 geschlachtete Schweine, Fett und Schmalz, in dem anderen etwa 100 Sack gutes Weizenmehl usw. Der Inhalt beider Wagen wurde beschlagnahmt. Als Absender wurde ein Pleschener Kaufmann ermittelt, der die Ware auf russischer Seite aufkauft und über die Grenze geschmuggelt hatte.

Zu einem Zusammenstoß zwischen Sicherheitsbeamten und Blünderern kam es auf dem Güterbahnhof Weihensee bei Berlin. Zwei dort patrouillierende Landsturmmänner bemerkten, wie sich eine 15köpfige Gesellschaft an die dort stehenden Güterwagen heranmacht, sie öffneten und plünderten. Die Bande versuchte jedoch ihr Ziel in der Nacht. Jetzt feuerten die Sicherheitsbeamten scharf und trafen einen der Blünderer, die sich aus russischen, französischen und rumänischen Kriegsgefangenen zusammensetzten, tödlich. Die anderen entkamen bis auf einen Rumänen, George Salawasko, der festgenommen werden konnte.

Ein Diebstahl von zwei Millionen Mark abgenommen. Man hatte in Berlin beobachtet, daß es auf dem Schlesischen Bahnhof, trotz der verstärkten Kontrolle, einer Bande, unter Mißbrauch der als Kennzeichen der Mannschaften des Sicherheitsdienstes verwendeten weißen Armbinden, gelungen war, große Mengen Lebensmittel und andere Waren zu beschlagnahmen und den Erlös in ihre Tasche zu stecken. Am Sonntag früh wurde zunächst ein Mann festgenommen, bei dem 40 000 Mark in Laufendmarktscheinen gefunden wurden. Gleich darauf wurden zwei weitere Personen dingfest gemacht, die mit dem Verhafteten in Verbindung gestanden hatten. Die Bande war im Besitz von nicht weniger als 2 Millionen Mark und einer Unmenge von Lebensmitteln aller Art. Die Beute, die ihnen abgenommen und der Polizeihauptkassette zugeführt wurde, stammte aus dem Erlös von Waren, die sie aus Sägen aus Rumänien widerrechtlich an sich genommen hatten. Die Verhafteten wurden der Kriminalpolizei übergeben.

Dammbruch am Mittellandkanal. Am Rhein-Weser-Kanal ist bei dem Dorfe Dankersen ein Dammbruch erfolgt. Die Wassermassen übersetzten mit elementarer Gewalt Dörfer und Gelände. Die Bewohner vieler Häuser wurden durch Bioniere mit Pontons von den Dächern geholt und vor dem Ertrinken gerettet. Ein Kohlenkessel ging durch die Öffnung auf das platte Land. Nachdem die Sperrtore in Tätigkeit gesetzt waren, konnte die Dammbruchsstelle wieder geschlossen werden, so daß der Schiffsverkehr bald wieder beginnen kann.

Briefkasten.

„Wie steht es mit der Entlassung der Reklamierten? Sie standen doch bisher unter militärischem Befehl, hatten an allen Musterungen, Kontrollversammlungen usw. teilzunehmen und waren nur bis zu einem bestimmten Zeitpunkt (1. 12. 18, 1. 1. 19, 31. 3. 19 usw.) vom Heeresdienst befreit. Sind diese nun ohne weiteres entlassen oder haben sie sich beim Bezirkskommando betr. Entlassung zu melden? Es herrscht da Unklarheit.“

Antwort: Wie uns mitgeteilt wird, hat sich jeder Reklamierter beim Bezirkskommando zu melden. Dieses regelt die völlige Entlassung, falls die Betroffenen nicht den Jahrgängen 96-99 angehören. Letztere müssen sich ebenfalls beim Bezirkskommando melden, um den in Frage kommenden Ersatztruppenteilen überwiesen zu werden.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Wed.

Bekanntmachungen der städtischen Verwaltung.

Bekanntmachung.

Nach einer Anordnung des Herrn Regierungspräsidenten, des Landesbauernrats und des Arbeiter- und Soldatenrats in Wiesbaden sind aus der 10 % igen Schwundreserve sofort je 1 Zentner pro Morgen Anbaufläche **Kartoffeln** bereitzustellen, welche in diejenigen Kreise geschickt werden sollen, die durch außerordentliche Truppenanhäufungen besonders bedürftig sind.

In der hiesigen Gemeinde beträgt die Kartoffelanbaufläche 243 Morgen. Es würden hiernach also 243 Zentner sicherzustellen und zwar neben denjenigen Anforderungen, welche bereits auf Grund der Bestandsaufnahme an die Erzeuger gestellt werden müssen.

Die für den Einzelnen kleine Menge ist bereitzustellen und dient teils zur Versorgung der Unversorgten und teils zur Verpflegung der Truppen. Es wird von hier aus darüber verfügt werden.

Der Wirtschaftsausschuß I: Rückert.

Delfruchtablieferung und Delverteilung.

Wie die zahlreichen Anfragen nach hier beweisen, befürchten viele Delfruchterzeuger infolge der politischen Verhältnisse eine Nichtberücksichtigung ihrer bis jetzt noch nicht erfüllten Ansprüche. Um diese Befürchtung zu beseitigen, mache ich darauf aufmerksam, daß nach wie vor Delfrüchte bei den Sammelstellen abgeliefert werden können und daß auch die Ansprüche der Abnehmer auf Lieferung von Del restlos befriedigt werden. Die diesseits in letzter Zeit beim Kriegsausschuß beantragten Delmengen werden nach Mitteilung der betreffenden Delmühlen wenn möglich noch in dieser Woche den betreffenden Delverteilungsstellen überwiesen werden, so daß diejenigen Delfruchterzeuger, die noch Del zu beanspruchen haben, möglicherweise schon Anfang nächster Woche ihr Del bei den Verteilungsstellen abholen können. Sobald das Del eingetroffen ist, werde ich die betreffenden Bezugsscheine den Gemeinden zur Ausbändigung an die Inhaber zugehen lassen.

Um jedoch die Ablieferungen nicht ins kommende Jahr auszudehnen, habe ich die Delfruchtsammelstellen angewiesen, nach dem 15. Dezember Delfrüchte nicht mehr anzunehmen. Ich empfehle daher allen Delfruchterzeugern, die noch Delfrüchte im Besitz haben, diese bis zu dem vorgenannten Zeitpunkt an die für sie zuständige Sammelstelle abzuliefern. Für rechtzeitige Befriedigung ihrer Ansprüche wird diesseits Sorge getragen werden.

Tillenburg, den 18. November 1918.

Der Landrat: v. Sybel.

Wird hiermit veröffentlicht.

Herborn, den 26. November 1918.

Der Bürgermeister: Birkenhahl.

Bekanntmachung.

Die rückständige evang. Kirchensteuer für 1918/19 ist bis zum 1. Dezember einzuzahlen.

Herborn, den 19. Nov. 1918.

Müller, Kirchenrechner.

Hilfsdienstmeldestelle Herborn

und Städtischer Arbeitsnachweis Kaiserstraße 28

vermittelt männliche und weibliche Arbeitskräfte aller Art.

Dienststunden: 8-12 Uhr vormittags,

3-7 Uhr nachmittags.

Ein braves

Mädchen,

welches melken kann, auf sofort gesucht.

Hr. Mehler Wwe.,
Lindenhof.

Zuverlässige Frau oder Mädchen

für einige Stunden am Tage gesucht.

Frau Bahnmeister Stahl,
Bahnhofstr. 2.

Junger Stallknecht,

in landwirtschaftl. Arbeiten erfahren, bei freier Station sofort gesucht.

Gesl. Angebote unter R. P. 2021 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Kosmetol-Creme

vorzüglich für Gesicht und
Hauptpflege empfiehlt
Drogerie H. Doehnd.

Evang. Kirchenchor.

Die Gesandstunde ist heute
Dienstag abend.

Bekanntmachung.

Donnerstag, den 28. November 1918, vormittags 9 Uhr, wird das den Eheleuten Karl Wilhelm Jüngst u. Mathilde, geb. Schöttler zu Herborn gehörende, in der Hauptstraße Nr. 42 belegene

Wohnhaus,

sowie 2 vorm Homburg belegene Gärten

an der Gerichtsstelle hier selbst, Zimmer Nr. 11, öffentlich zwangsweise versteigert.

Herborn, den 25. Nov. 1918.

Amtsgericht.

Empfehle für Landwirte und Fuhrwerksbesitzer:

prima Saffalbe in 1 Kilogr.-Büchsen,

prima Leder- u. Wagenfett in 3 u. 5 Kilogr.-Büchsen.

Wagen-, Maschinen- und Motoröl in kleinen und größeren Kannen,

sowie:

prima „Imalin“-Schuherem in 1/2 Kilogr.-Büchsen.

Die Ware ist sofort greifbar.

Karl Färber, Herborn

Telefon 216. Schmäler Weg 7.

Die Beerdigung unserer lieben Emmy

findet nicht am Donnerstag, sondern am

Mittwoch nachmittag 1 Uhr

statt.

Familie Otto Pfeiffer.

Krieger-Verein Herborn.

Die Beerdigung der Frau unseres Kameraden Hübschmann findet Mittwoch nachmittag

3 Uhr statt. Um zahlreiche Beteiligung bittet

Der Vorstand.

Heute nacht um 12 1/2 Uhr verschied infolge eines Unglücksfalles meine liebe Frau, unsere treusorgende Mutter und Tochter, Frau

Anna Hübschmann,

geb. Görzel,

im Alter von 33 Jahren.

Die trauernden Hinterbliebenen:
Georg Hübschmann u. Familie.

Herborn, Edingen, Fleisbach, Bicken,
Bamberg, München, den 25. Nov. 1918.

Die Beerdigung findet Mittwoch nachmittag 3 Uhr statt.

Todesanzeige.

Gestern nachmittag 5 1/2 Uhr entschlief nach längerem Leiden im fast vollendeten 84. Lebensjahre mein lieber Mann, unser guter Vater, Großvater, Bruder und Schwager

Herr Jakob Löwenstein.

Herborn, New-York, den 26. November 1918.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

Frau J. Löwenstein.

Die Beerdigung findet Donnerstag, den 28. ds. Mts., nachmittags 3 Uhr vom Sterbehause, Kaiserstraße 9, aus statt.